

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

II-2610 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode
WIEN.

Zl. 1005.03/20-II.6/81

Schriftliche Anfrage der
Abgeordneten zum Nationalrat
Dipl.Vw. Dr. Stix und Gen.
betreffend grenznahe Atom-
kraftwerke der CSSR
(Nr. 1237/J-NR/1981)

1167 AB

1981-07-01

ZU 1237 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Parlament

1017 W I E N

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Vw. Dr. Stix und Genossen haben am 22. Mai 1981 unter Nr. 1237/J-NR/1981 an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet welche folgenden Wortlaut hat:

- "1) Wann wurden Sie von der Verbundgesellschaft bzw. vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie über die Verhandlungen zum Import von Elektrizitäts-Grundlast aus dem AKW Malovice bei Budweis unterrichtet?
- 2) Wie weit sind diese Verhandlungen Ihres Wissens nach bereits gediehen?
- 3) Wurden zu diesen Import-Verhandlungen auch österreichische und tschechoslowakische Experten jener Verhandlungsdelegationen beigezogen, die seit ca. 3 Jahren über die Auswirkungen von grenznahen AKW beraten?
- 4) Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem Sachverhalt für Sie als Ressortverantwortlicher für die bisher noch informell gebliebenen Vorgespräche zwischen Österreich und der CSSR zur Minimierung der möglichen Auswirkungen grenznaher AKW?"

./.

-2-

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1):

Weder die Verbundgesellschaft noch der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie haben mich über Verhandlungen zum Import von Elektrizitäts-Grundlast aus dem AKW Malovice bei Budweis unterrichtet.

Wie mir das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie aufgrund einer Rückfrage mitgeteilt hat, finden wohl seitens der Verbundgesellschaft intensive Kooperationsgespräche mit der CSSR unter dem Aspekt einer Hochspannungsgleichstromübertragungsleitung (HGÜ) statt, die 1983 in Betrieb gehen soll. Diese Gespräche beziehen sich jedoch nicht auf konkrete Kraftwerke, sondern haben die Intensivierung der bestehenden Stromkauf- und -tauschverträge zum Inhalt.

Mich über solche rein elektrizitätswirtschaftliche Fragen betreffenden Verhandlungen zu unterrichten, bestand und besteht daher weder für die Verbundgesellschaft noch für den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie ein Anlass.

Zu den Fragen 2) - 4):

Die Beantwortung dieser Fragen erübrigt sich im Hinblick auf die Ausführungen in der Beantwortung der Frage 1).

Wien, am 30. Juni 1981

Der Bundesminister
für
Auswärtige Angelegenheiten

